



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/94 - 25.4.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 880

Hinweise
auf den Inhalt:

Der Test der Niedersachsenwahl	S. 1
Der Wahlkampf in Großbritannien	S. 3
Kommunalwahlen im Norden	S. 5
<u>Ollenhauer</u> an die polnischen Sozialisten	S. 6

Schwer angeschlagene CDU

sp - Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist aus dem niedersächsischen Landtagswahlkampf als die mit Abstand stärkste Partei hervorgegangen. Sie hat mit rund 1.162.000 Stimmen die absolut höchste Stimmzahl erreicht, die bisher in irgendeiner der vier Landtags- und Bundestagswahlen seit 1947 für sie abgegeben worden ist. Und sie hat zugleich mit 35,2 v.H. den höchsten Prozentsatz der gültigen Stimmen erzielt, den sie seit 1949 verzeichnen konnte.

Dieses Ergebnis muß außerdem vor den Hintergrund eines Wahlkampfes gesehen werden, der von den niedersächsischen Oppositionsparteien, an der Spitze allerdings eindeutig von der CDU, in einer Art gegen die SPD geführt wurde, die von Fairness und Sachlichkeit keine Spur mehr übrig ließ. Die SPD hat sich durch diese Methode nicht davon abbringen lassen, der niedersächsischen Bevölkerung sachlich und korrekt Rechenschaft über die erfolgreiche Tätigkeit der sozialdemokratisch geführten Landesregierung Kopf zu geben. Sie hat aber außerdem die großen außenpolitischen Probleme in ihren Zusammenhängen aufgezeigt, die in diesen Wochen für das deutsche Volk auf der Tagesordnung stehen.

Das niedersächsische "Institut für die Förderung der Wirtschaft", das auf Wunsch des Kanzlers als Wahlfinanzierungsorganisation der niedersächsischen Unternehmer, insbesondere für die CDU, tätig gewesen ist, hatte in einem vertraulichen Rundschreiben vom 2. März diese

Niedersachsenwahlen vom 24. April als "eine Art von Volksbefragung" über die Außenpolitik des Kanzlers bezeichnet. Nun, der 24. April wurde tatsächlich "eine Art von Volksbefragung" mit dem Ergebnis, dass die SPD, die die Außenpolitik Adenauers in harter Gegnerschaft entschlossen bekämpft, die bei weitem stärkste Partei in Niedersachsen ist, und dass die CDU als die Partei des Kanzlers und die eigentliche Repräsentantin seiner Außenpolitik gegenüber den Bundestagswahlen vom 6. September 1953 fast eine halbe Million Stimmen verloren hat. Die deutsche Partei hat, wenn auch geringfügiger, ebenfalls an Stimmen verloren, während die FDP eine kleine Zunahme zu verzeichnen hat, was im wesentlichen auf ihre positive Haltung zum niedersächsischen Schulgesetz zurückzuführen sein dürfte, zum Teil wohl auch auf gewisse Vorbehalte gegenüber der Außenpolitik Adenauers.

Mit den rund 1.182.000 Stimmen, die die SPD in Niedersachsen am 24. April 1955 erhalten hat, während die CDU von den rund 1.331.000 Stimmen, die sie 1953 erhielt, auf rund 894.000 Stimmen abgesunken ist, wurde im drittgrößten Land der Bundesrepublik ein Bekenntnis zu der von der SPD vertretenen Politik des eindeutigen Vorranges von Wiedervereinigungs-Verhandlungen vor einer Aufrüstung des westdeutschen Teilstaates abgegeben. Diese Tatsache ist vom Bundesstandpunkt aus entscheidend und sie muss daher mit allem Nachdruck hervorgehoben werden. Nicht nur ganz Deutschland und Europa, auch die übrige Welt hat am 24. April nach Niedersachsen gesehen, weil seine Wahlen ein Testfall für die politische Haltung der westdeutschen Bevölkerung waren, der Testfall Niedersachsen hat den entschlossenen Wiedervereinigungswillen dieser Bevölkerung klar und unübersehbar herausgestellt.

Man wird diesem Willen auch in Bonn und in der westlichen Welt Rechnung tragen müssen, und man wird sich im westlichen Lager vor allem darüber klar sein müssen, dass es unmöglich wäre, über die Willenskundgebung von über 35 v.H. der niedersächsischen Bevölkerung, wie sie stellvertretend für die westdeutsche Bevölkerung abgegeben wurden, einfach hinweggehen zu wollen. Diese über 35 v.H. sagen entschieden "nein" zu der heutigen Außenpolitik des Bundeskanzlers, sie sagen "nein" zu seiner Politik, die der Eingliederung Westdeutschlands in die NATO und der Aufstellung von zwölf westdeutschen NATO-Divisionen den Vorrang vor einer Wiedervereinigungs-Aktivität gibt. Diese Tatsache des entschiedenen "Neins" eines festen Blocks von über 35 v.H. zu einer solchen Politik Adenauers, dessen eigene Partei in Niedersachsen in anderthalb Jahren von 55,2 auf 26,6 v.H. des Stimmanteils zurückgegangen ist, muß in den westlichen Hauptstädten Anlass zu sehr sorgfältigen Überlegungen sein.

Für die SPD ist dieses Wahlergebnis die Bestätigung und Bekräftigung ihres großen Auftrages. Sie wird ihren Weg nur noch entschlossener und energischer weitergehen.

Der Stand der britischen Parteien

F.S., London

Nach der Budget-Rede des Schatzkanzlers hat die Wahlpropaganda der Parteien in vollem Schwung eingesetzt.

Auch in dieser Wahl wird der "schwankende" Bürger einen entscheidenden Einfluss ausüben. In seinem viel beachteten, kürzlich veröffentlichtem Buch "Die Stimme der Mittelklasse" hat Dr. J. Bonham ausgerechnet, dass während der letzten drei Nachkriegswahlen in einer Gesamtwählerschaft von etwa 34 Millionen Stimmberechtigter rund 10 Millionen Stimmen vorhanden waren, die zwar einen politisch unentschiedenen, aber massiven Block formten, der 2,5 Millionen Stimmen an Labour und zwischen 5 und 6 1/2 Millionen Stimmen den Konservativen gab.

Es ist erklärlich, dass diese Wählerschicht bei Aufstellung der Parteiprogramme eine Rolle spielt, wenn man bedenkt, dass 1951 die Tories 13 718 000 (320 Sitze), Labour 13 949 000 (296 Sitze), Liberal 730 500 (6 Sitze) und die Kommunisten 19 640 Stimmen (und keine Mandate) erhielten. Es wird aber für alle Parteien schwer sein, den politisch nicht festgelegten Wähler aus einer Apathie zu wecken, die er während der letzten Nachwahlen zum Unterhaus und für die Gemeindevahlen entwickelte.

Im gleichen Buch bringt Dr. Bonham eine andere Statistik, in der er errechnet, dass 1945 rund 4,4 Millionen Handarbeiter einschließlich ihrer Frauen für die Konservativen stimmten, eine Zahl, die sich 1951 auf 6,2 Millionen erhöhte. Der Labour-Korrespondent des "Manchester Guardian", E. Arnold Forster, zieht in seiner Broschüre "Die Zukunft der Labour-Party" die Folgerung, dass sich 1/3 der Handarbeiter vor vier Jahren für die Tories entschied, wobei er in dieser Ziffer 1/4 der acht Millionen Gewerkschaftsmitglieder einschließt. Wenn die Labour Party, nachdem sie 1951 sechs Jahre in der Regierung war, trotzdem eine Zunahme von fast 700 000 Stimmen verbuchen konnte, so zeugt dieser Gewinn von dem großen Vertrauen, das ihr mehr als 48 % der Gesamtwählerschaft entgegen brachte.

Es ist verständlich, dass bei der Aufstellung der Parteiprogramme nicht nur die Propagandisten, sondern in weit stärkerem Maße als bisher die wissenschaftlichen Untersuchungsbüros der Parteizentralen zu Rate gezogen werden. Und es ist auch verständlich, dass die Manifeste erst im letzten Augenblick zur Veröffentlichung gelangen. Labour stellt im wesentlichen schlagwortartig das Programm auf, das vom letzten Parteitag angenommen wurde und ergänzt es vornehmlich durch eine Erklärung zur Wasserstoffbombe und durch die Forderung nach einer Viermächte-Konferenz auf höchster Ebene.

Viel schwieriger wird den Konservativen die Aufgabe, eine zugkräftige Propaganda durchzuführen. Ihre zögernde Haltung in der Außenpolitik wird in breiten Volksschichten nicht mehr verstanden, und auf wirtschaftlichen und sozialen Gebieten versprochen sie schon vor den letzten Wahlen Reformen, die sie auch nicht annähernd durchführten. Ministerpräsident Eden trat ein Amt an, das ihm keine Freude bereiten wird. "Der konservative Führer", schreibt R.T. McKenzie in seinem über Macht berühmt gewordenen Buch "British Political Parties", "ob an der Macht oder in Opposition, hat die alleinige endgültige Verantwortung für die Formulierung der Politik und der Wahlprogramme seiner Partei".

Um rund 620 Sitze werden Labour und Konservative einen heftigen Wahlkampf führen, über dessen Ergebnis keine sichere Voraussage möglich ist. Die liberale Partei stellt nur etwa 100 Kandidaten auf; aber viel wesentlicher wird die Frage, für welche der beiden Parteien sich diejenigen Liberalen in den 500 anderen Wahlkreisen entscheiden, in denen sie keine eigenen Vertreter haben. Schließlich soll nicht unerwähnt bleiben, dass auch die Kommunisten 16 Kandidaten aufstellen und dadurch riskieren, dass sie 2400 Pfund verlieren. Das britische Wahlsystem sieht vor, dass jeder Kandidat ein Deposit von 150 Pfund zu stellen hat, das der Staatskasse verfällt, wenn er nicht mindestens 1/8 der Stimmen erhält, die in seinen Wahlkreis abgegeben werden.

Abgewiesener Angriff

sp Bei den Wahlen zu den Kreistagen und Gemeindeparlamenten in Schleswig-Holstein standen der Sozialdemokratie eine sinnverwirrende Fülle von lokalen Wahlblocks in unterschiedlichsten Gruppierungen und unter mannigfachsten Namen gegenüber. Die rechts von der SPD stehenden Parteien waren - von wenigen Orten abgesehen - in diesen Wahlblocks untergetaucht.

Sie sind ohne positives Programm. Lediglich durch ihre gemeinsame antisozialdemokratische Grundhaltung werden sie zusammengehalten. Ein kurze Zeit vor der Wahl entsprechend geändertes Wahlgesetz und die Blockbildung haben der Sozialdemokratie zwar in den kreisfreien Städten Kiel, Lübeck und Neumünster ihre bisherige Rathausmehrheit gekostet. Das ändert nichts an der Tatsache, dass die Sozialdemokratie in Kiel und Neumünster ihren prozentualen Stimmenanteil erhöhen konnte. Er betrug zum Beispiel in Kiel 1953 (Bundestagswahl) 33,4 Prozent. 1954 (Landtagswahl) 43 Prozent. Und jetzt 44,1 Prozent.

Den Aufstieg der Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein zeigt auch das Gesamtergebnis: Kreistagswahl 1951 364 371 gleich 29,9 Prozent. Bundestagswahl 1953 357 798 gleich 26,5 Prozent. Landtagswahl 1954 396 073 gleich 33,2 Prozent. Kreistagswahl 1955 363 282 gleich 33,3 Prozent.

Sowohl die Zahl der Wahlberechtigten (Umsiedlung) als auch die Wahlbeteiligung war bei der Kreistagswahl geringer als bei den früheren Wahlen.

Interessant ist auch das Wahlschicksal der KPD. Während sie 1951 2,4 Prozent und 1954 2,1 Prozent der gültigen Stimmen erhielt, fielen bei dieser Wahl nur 1,8 Prozent aller gültigen Stimmen auf die KPD.

Die Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein hat den auf der kommunalen Ebene vorgetragenen Generalangriff ihrer in Wahlblocks getarnten Gegner erfolgreich abgewiesen. Sie wird daraus die Kraft zu weiterem Aufstieg schöpfen.

25.4.1955

Die SPD und die polnischen Sozialisten

In der Bundesrepublik leben zahlreiche polnische Sozialisten, die nach 1945 eine Rückkehr in ihre von den Kommunisten beherrschte Heimat abgelehnt hatten. Sie sind in einer äußerst rührigen Organisation mit Gliederungen im ganzen Bundesgebiet zusammengeschlossen. Zu ihrem dritten Parteitag, der kürzlich in Düsseldorf stattfand, hatte der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, ein Begrüßungsschreiben gesandt, das mit großer Bewegung aufgenommen wurde.

Werte Genossinnen und Genossen!

Wir danken Euch herzlich für Eure Einladung zu dem 3. Parteitag der PPS-Landesorganisation in der Bundesrepublik Deutschland. Die deutsche Sozialdemokratie kennt die Schwierigkeiten der Emigration aus eigener Erfahrung und weiß daher Euren Kampf und Eure Leistungen zu schätzen.

Die SPD gedenkt insbesondere auch der Zeit, als Euer Volk von dem verbrecherischen Hitler-Regime unterdrückt und Euer Land seiner Unabhängigkeit beraubt wurde. Die SPD in der Emigration hat seinerzeit dieses Verbrechen am polnischen Volk ebenso gebrandmarkt wie die Verbrechen der Schergen Hitlers am eigenen deutschen Volk. Diese Haltung der SPD ist bis zum heutigen Tage unverändert geblieben. Darum verfolgen wir, liebe Genossen von der PPS, mit Sympathie und Aufmerksamkeit Euren Kampf um ein freies und sozialistisches Polen.

Schon vor 50 Jahren, als in der Revolution von 1905/07 Eure Partei sich erhob, um im Zeichen des Sozialismus für die Befreiung des polnischen Volkes von der zaristischen Unterdrückung zu kämpfen, wurden Bande sozialistischer Brüderlichkeit zwischen SPD und PPS in vielfacher Hinsicht geknüpft. Mit Bewunderung verfolgte damals die deutsche Sozialdemokratie ebenso wie die Arbeiterschaft der ganzen Welt den gerechten Kampf der polnischen Arbeiterschaft und unterstützte ihn nach Kräften.

Für Euren Kampf um die Befreiung Eures Landes von der bolschewistischen Herrschaft und für die Errichtung einer der Bedeutung und Stärke des polnischen Volkes entsprechenden freien Staates mit Recht und Gerechtigkeit für jedermann wünschen wir Euch den bestmöglichen Erfolg.

*

*

*

25. April 1955

Internationales Camping-Touristenherbergswerk gegründet

Man schreibt uns:

Die Unterkünfte der "Touristenklasse", Touristen- und Wanderheime, andere herbergsmässige Unterkünfte und Zeltplätze haben sich zu einem internationalen Camping- und Touristenherbergswerk (TH) zusammengeschlossen.

Durch Schaffung eines sich über alle Reiseländer erstreckenden dichten Netzes von Touristenherbergen, das sind jugendherbergsmässige Unterkünfte für Erwachsene, Familien- und Reisegesellschaften, will die Vereinigung mithelfen, allen Ferienreisenden mit beschränkten finanziellen Mitteln einen längeren Urlaub zu ermöglichen.

Gut ausgestattete Touristenherbergen befinden sich nach wenigen Entschklungsfahren in allen wichtigen Fremdenverkehrsgebieten. Fast alle Touristenherbergen haben ausser den kennzeichnenden Gemeinschafteschlafräumen Familien-, Doppel- und Einzelzimmer, solche mit den üblichen herbergsmässigen Campingbetten bzw. Matratzenlagern, zu denen man ersparnisshalber seine eigene Bettwäsche mitbringt, und solche mit normalen Fremdenbetten. Die durchschnittliche Übernachtungsgebühr in Touristenherbergen beträgt pro Bett und Nacht DM 1,--, für Kinder die Hälfte. In allen Touristenherbergen befinden sich Selbstkocherküchen, in denen die Gäste mitgebrachte Verpflegung selbst zubereiten dürfen. Campingtouristen finden bei vielen Touristenherbergen Zeltplätze und bei schlechtem Wetter feste Unterkünfte.

Die Mitgliedschaft des TH-Werks kann von allen Touristen und Ferienreisenden erworben werden. Der internationale TH-Ausweis bringt mancherlei Vorteile, insbesondere bevorzugte Aufnahme in allen, dem TH-Werk angeschlossenen Unterkünften. Das Gesamtverzeichnis aller europäischen Touristenherbergen und Campingplätze mit ca. 2000 Anschriften und näherer Beschreibung ist bei der Geschäftsstelle des TH-Werkes in Assmannshausen/Rhein erhältlich.

Verantwortlich: Peter Raunau